



Dr. Roy Kühne
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kühne: Berufsgesetze zeitnah akademisieren

Berlin, 26.08.2016
Bezug: Berufsgesetze nicht-ärztliche
Gesundheitsberufe

Dr. Roy Kühne, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Wilhelmstr. 60
Raum: Raum 4.21
Telefon: +49 30 227-79187
Fax : + 49 30 227-70188
roy.kuehne@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Kurze Str. 2
37154 Northeim
Telefon: +49 5551 9088899
Fax: +49 5551 9088910
roy.kuehne@bundestag.de

Berlin. Die Bundesregierung hat eine Verlängerung des „Modellvorhabens zur Einführung einer Modellklausel in die Berufsgesetze der Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten“ um weitere zehn Jahre beschlossen. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Roy Kühne lehnt die Verlängerungsmaßnahme ab. Er fordert eine Expertenkommission unter Einbeziehung des Deutschen Bundestages, der Verbände und des Bundesministeriums für Gesundheit.

„Europaweit ist eine fortschreitende Akademisierung der Gesundheitsfachberufe beobachtbar, Deutschland läuft Gefahr, zum Schlusslicht in Europa zu werden.“ erklärt Dr. Roy Kühne. „Betrachtet man den Rückgang der Bewerberzahlen, die finanzielle Situation, in der sich die Auszubildenden befinden und die gestiegenen Anforderungen im Gesundheitsbereich, so wird deutlich, dass eine Akademisierung und eine Anpassung der Berufsgesetze notwendig sind. Die Debatten um die Abschaffung des Schulgeldes und die Anpassung der Curricula müssen begleitend fortgeführt werden.“, so der Gesundheitspolitiker.

Ausbildungsstätten, Lernende, der Arbeitsmarkt und die Patientinnen und Patienten - sie alle können von einer weitreichenden Akademisierung der Gesundheitsfachberufe profitieren. Die immer größer werdende Komplexität der Gesundheitsversorgung macht es unausweichlich, dass Berufsangehörige besser auf die an sie gestellten Anforderungen ausgebildet werden. Eine zeitnahe Überführung des Modellvorhabens in die Regelversorgung muss durch die Expertenkommission ergebnisoffen geprüft werden.

Nun heißt es nach drei Jahren „die Ergebnisse sind nicht ausreichend genug“, das ist unverständlich. Das Bundesministerium für Gesundheit und die Länder müssen Zwischenberichte anfordern und offenlegen. „Wenn es jetzt in dem Abschlussbericht heißt, Modellausbildungen müssen stärker



an die hochschulischen Gegebenheiten angepasst und die finanziellen Auswirkungen untersucht werden, so hätte man dies rechtzeitig erledigen können. Solche Prozesse müssen zukünftig noch stärker von der Politik begleitet werden“, so Roy Kühne.

Seit 2009 läuft das aktuelle Modellvorhaben, welches die Erprobung akademischer Erstausbildungen in diesen Berufen vorsieht. In dem nun veröffentlichten Bericht der Bundesregierung konnten Ergebnisse von 25 Modellstudiengängen aus acht Bundesländern mit einfließen.